



Freie Demokratische Partei  
Landesverband NRW

**Kathrin Klawitter**  
Pressesprecherin

Wolfgang-Döring-Haus  
Sternstraße 44  
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-0  
Fax 0211. 49 70 9-50

klawitter@fdp.de  
www.aufstieg.fdp.de

## Medien-Information der FDP-NRW

Freitag, 30. April 2010

### Pinkwart-Interview für „Focus Online“

Düsseldorf. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der FDP-NRW, Andreas Pinkwart, gab „Focus Online“ das folgende Interview. Die Fragen stellte Andreas Laux:

*Glauben Sie Herrn Rüttgers noch die Nibelungentreue, die er Ihnen gegenüber gerne beschwört?*

**Pinkwart:** Eine Große Koalition steht doch gar nicht zur Debatte. Entweder Schwarz-Gelb oder Rot-Rot-Grün, das sind die Alternativen. Das hat die TV-Runde aller Spitzenkandidaten am Mittwoch gezeigt. Wir haben fünf Jahre erfolgreich mit der CDU zusammengearbeitet und NRW zum Aufsteigerland gemacht. FDP und CDU haben die größte programmatische Übereinstimmung. Wir wollen die Aufholjagd gemeinsam fortsetzen. Insofern halte ich das für eine sehr pragmatische Prioritätensetzung.

*Allerdings schließt der Ministerpräsident andere Koalitionen als mit der FDP nicht explizit aus. Im Gegensatz zu Ihnen. Sie sagen, eine Ampel kommt unter keinen Umständen in Frage. Warum schränken Sie Ihre Möglichkeiten so ein?*

**Pinkwart:** Wir wollen die erfolgreiche Zusammenarbeit von FDP und CDU fortsetzen, und auf unserem Sonderparteitag am 2. Mai in Aachen wollen wir eine dementsprechende Koalitionsaussage beschließen. Darüber hinaus habe ich gesagt, und das bekräftige ich gerne, dass ich mit Parteien, die sich Koalitionen mit extremen Parteien, egal ob von rechts oder links, offen halten, nicht koalieren werde. Das ist bei der SPD der Fall, aber insbesondere die Grünen sagen ja unverhohlen, dass sie bereit wären mit den Linken zu koalieren.

*Aber beim Thema Bildung, die Sie selbst als „die eigentliche soziale Frage“ bezeichnet haben, liegt die FDP im Grunde näher an der SPD als an der CDU.*

**Pinkwart:** Das kann ich nicht erkennen. SPD, Grüne und Linke wollen die Einheitsschule, das gemeinsame Lernen bis zur Klasse 10 und die Abschaffung des Gymnasiums. Das wollen wir gerade nicht ...

*Aber auch Sie treten für mehr Durchlässigkeit in der Bildung ein, die CDU will, dass alles bleibt, wie es ist.*

**Pinkwart:** Die CDU möchte an dem System, wie es ist, festhalten und wir wollen das vorhandene, vielfältige System weiterentwickeln, damit es leistungsfähig bleibt. Das fachwissenschaftlich orientierte Gymnasium gehört für uns zwingend dazu. Wir wollen zusätzlich das Angebot einer regionalen Mittelschule eröffnen. Das heißt: Hauptschule, Realschule und Gesamtschule können, wenn Eltern und Schulträger es wollen, unter einem Dach kooperieren. Wir wollen, dass auch die Kollegien integriert arbeiten, dass integrierte Klassen möglich sind bei unterschiedlichen Abschlüssen.

*Die CDU will keine Veränderung, die FDP schon, die SPD auch. Damit klingen die Konzepte ähnlicher.*

**Pinkwart:** Nein, wir wollen die fachwissenschaftlichen Gymnasien erhalten, weil wir sie für unseren Wissenschaftsstandort brauchen, und wir wollen die fachpraktischen Schulen wie Haupt- und Realschulen weiterentwickeln. Das ist ein ganz anderer Ansatz als: Alles in eine Schule. Das würde dazu führen, dass die einen überfordert und die anderen unterfordert werden. So bekommen wir nicht die Qualifikationen, die wir in einem Innovationsland wie Deutschland brauchen.

*Wenn Sie in den Zeitungen lesen, wie Griechenlands marode Staatsfinanzen die Aktienmärkte nach unten gezogen hat, wäre es nicht vielleicht doch besser gewesen, den Rauswurf aus der EU als Maximalsanktionen zu beschließen? Auf ihrem Parteitag in Köln am vergangenen Wochenende wurde das im letzten Moment verhindert.*

**Pinkwart:** Wir haben deutlich gemacht, dass es keine Blankoschecks geben wird, dass die Staaten in der Europäischen Union und die Mitglieder der Währungsunion zunächst und vor allem selbst in der Verantwortung stehen für ihre nationale Wirtschaft. Wir müssen alles dafür tun, dass die EU nicht zu einer Transferunion wird.

*Aber die Deutschen denken sich vielleicht: „Die markieren jetzt die Harten, aber am Ende bekommt Griechenland das Geld doch ohnehin.“*

**Pinkwart:** Wenn es sich so vollziehen würde und wir keine Vorsorge treffen könnten, damit sich so etwas wie die Griechenland-Krise nicht wiederholt, laufen wir Gefahr, einen Schneeball-Effekt auszulösen. Das kann nicht im europäischen und erst recht nicht im deutschen Interesse liegen.

*In Köln haben sie von einem „Schlag ins Gesicht der Bürger gesprochen“ angesichts ausbleibender Entlastungen einerseits und Milliardenhilfen für Griechenland andererseits. Gilt der Satz immer noch?*

**Pinkwart:** Der gilt absolut. Es geht mir dabei nicht um Wählersympathien, sondern darum, wie wir aus der schwersten Finanzkrise unseres Landes wieder herauskommen. Das schaffen wir nur, wenn wir konsequent in Zukunftsbereiche investieren, wenn wir unsere Haushalte konsolidieren und dafür sorgen, dass die, die den Karren ziehen, eine Perspektive auf Entlastung haben. Da hat es wenig Sinn, wenn deutsche Politiker sagen, alles sei irgendwie finanzierbar, Bankenhilfe, Erhöhung der Hartz-IV-Sätze, Griechenlandhilfe und was auch immer, aber eine Entlastung für

die Arbeitnehmer und die kleinen Selbstständigen sei nicht möglich. Wir sind zur Solidarität bereit. Es kann allerdings nicht sein, dass wir für alles bereit stehen, aber nicht dafür, denen, die fürs Erwirtschaften zuständig sind, die notwendige Anerkennung zuteil werden zu lassen.

*Wäre es nicht strategisch viel erfolversprechender, wenn sie Frau Merkel die Milliarden nach Athen überweisen ließen, und sich als FDP komplett auf die Rolle des Mahners zurückziehen?*

**Pinkwart:** Die FDP ist eine Partei, die mit in der Verantwortung steht, auch in der europäischen. Aber gerade weil wir uns in der Verantwortung sehen, mahnen wir dazu, dass man nicht den Weg des geringsten Widerstandes geht, sondern dass man Anstrengungen auf sich nimmt. Das heißt, bevor wir Garantien geben, brauchen wir ein solides Sanierungskonzept und klare Regeln, die weiteres Fehlverhalten vermeiden helfen.

*Oder brüllt die FDP im Fall Griechenland nur nicht so laut, weil sie Angst vor dem Jörg-Haider-Etikett hat?*

**Pinkwart:** Da sind einige unterwegs, vor allem bei den Grünen aber auch der SPD-Chef Sigmar Gabriel, die keine Gelegenheit auslassen, um die FDP mit plumpen Parolen in eine populistische, rechte Ecke zu stellen. Der einzige Hintersinn dabei ist, die Linken in Deutschland salonfähig zu machen. So ein Vorgehen halte ich unter demokratischen Parteien für absolut unwürdig. Das höhlt die Demokratie aus, wenn Parteien so miteinander umgehen.

*In einer Koalition ist es eigentlich so, dass der Schwarze Peter immer dem großen Partner zugeschoben wird, wenn der kleine seine Wahlversprechen nicht durchsetzen kann. Der FDP ist das Kunststück gelungen, aus diesem Schema auszubrechen und in Berlin als der Parade-Buhmann dazustehen. Wie haben sie das geschafft?*

**Pinkwart:** Es gab viele, die sich nach ihren enttäuschenden Ergebnissen bei der Bundestagswahl an der sehr erfolgreichen FDP abarbeiten wollten. Es war die Herausforderung für die FDP, diese Angriffe nicht nur abzuwehren, sondern durch gutes Regierungshandeln das Vertrauen in der Bevölkerung zu stärken, dass die FDP die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Die Erfolge sind sichtbar. Wir können für uns in Anspruch nehmen, durch die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages Familien mit Kindern entlastet zu haben. Die SPD hatte die Familien in der großen Koalition durch die Mehrwertsteuererhöhung stärker belastet – gegen die eigenen Wahlversprechen übrigens. Die Menschen spüren jetzt Entlastungen, das bringt Glaubwürdigkeit für die FDP.

*Glaubwürdigkeit ist ein gutes Stichwort. Der monatelange Streit um die Steuerentlastung hat beim Wähler den Eindruck festgesetzt: Die FDP hat Entlastungen versprochen, ein halbes Jahr später steht immer noch nicht einmal fest, ob es dazu tatsächlich kommt.*

**Pinkwart:** Die Entlastung ist ja schon da. Wir haben 24 Milliarden in der Koalitionsvereinbarung verabredet. Davon sind acht Milliarden bereits in Kraft getreten zum Beispiel durch die Entlastung der Familien mit Kindern oder die Maßnahmen zur Förderung des Mittelstandes. Das haben wir versprochen und in den ersten 100 Tagen umgesetzt. Schneller kann

man nicht handeln. Und der zweite Teil, also 16 Milliarden Euro, werden spätestens 2012 in Kraft treten. Das passiert also innerhalb dieser Legislaturperiode, genau das haben wir vor der Wahl gesagt.

*Wieso sollen die Wähler Ihnen eigentlich eher glauben, dass sie 16 Milliarden für Steuerentlastungen aus dem Hut zaubern, als Hannelore Kraft, dass sie 250 Millionen Euro findet, damit sie die Studiengebühren abschaffen kann?*

**Pinkwart:** Frau Kraft hat ein Wunsch-dir-was-Programm von insgesamt 27 Milliarden Euro in den nächsten Jahren nur für NRW vorgeschlagen – ohne einen einzigen Gegenfinanzierungsvorschlag. Bestes Beispiel für ihren fehlenden Realitätssinn ist der subventionierte Steinkohlbergbau. Hier sagt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage in seinem jüngsten Jahresgutachten zu Recht, man könne den Ausstieg, der beschlossen ist, sogar noch beschleunigen. Dadurch könnte der Bund etwa 3,5 Milliarden Euro in den nächsten Jahren einsparen. Frau Kraft will weder den vorzeitigen noch den beschlossenen Ausstieg, sondern den subventionierten Steinkohlebergbau über 2018 hinaus. Da würden weitere Milliarden mit Investitionen in die Vergangenheit verbrannt. Wenn jemand, milliardenschwere Ausgaben ohne irgendeinen Gegenfinanzierungsvorschlag verspricht, muss man sich schon fragen, ob so jemand in der Lage ist, verantwortlich mit Steuergeldern umzugehen.

*Wenn Schwarz-Gelb in Düsseldorf abgewählt wird, fehlt in Berlin die Bundesratsmehrheit, um entscheidende Projekte wie die Kopfpauschale oder die steuerlichen Entlastungen durchzusetzen. Lastet auf Ihnen persönlich ein besonderer Druck?*

**Pinkwart:** Es geht bei der Landtagswahl zunächst und vor allem um Nordrhein-Westfalen. Wir kämpfen dafür, dass wir weiter in Verantwortung bleiben. Darüber hinaus hat Nordrhein-Westfalen natürlich ein Gewicht im Bund und kann über den Bundesrat mithelfen, dass in Deutschland eine gute Politik gemacht wird, was die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anbetrifft.

*Das war jetzt die staatsmännische, nicht die persönliche Antwort. Noch ein Versuch: Stehen sie unter besonderen Druck? Ruft vielleicht jeden Tag FDP-Generalsekretär Lindner an, um sich nach der Lage vor Ort zu erkundigen?*

**Pinkwart:** Nein, Druck spüre ich überhaupt nicht. Ich bin hoch motiviert, weil ich weiß, dass es in NRW um bessere Chancen für alle geht. Das ist die Motivation, die mich überhaupt in die Politik geführt hat, und dafür kämpfe ich.